

Da geht noch mehr



Zuwanderung. Mindestens 400.000 zusätzliche Fachkräfte müssten jährlich aus dem Ausland zuwandern – nur dann lassen sich die wegen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels offenen Stellen in Deutschland besetzen. Ideale Zuwandererregionen sind neben Indien vor allem Nordafrika, Südamerika und Südostasien. Seit rund zehn Jahren spricht das Portal „Make it in Germany“ auswanderungswillige ausländische Fachkräfte an. Mit welchen Argumenten dort für Deutschland geworben wird und wie eingewanderte Fachkräfte unterstützt werden, erläutert IW-Expertin Kerstin Krey im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Klimaschutz

Deutschland subventioniert den Umweltschutz stärker als alle anderen EU-Staaten. Als Strategie, um bis 2045 klimaneutral zu werden, taugt das allerdings nicht.

—> [Seite 7](#)

Gesetzliche Unfallversicherung

Nach jahrzehntelangem Rückgang ist die Zahl der Arbeitsunfälle 2021 coronabedingt wieder gestiegen. Die Beiträge zur Unfallversicherung sanken dennoch.

—> [Seiten 8-9](#)

Namaste, Bienvenido, Selamat Datang

Zuwanderung. Deutschland ist aufgrund des demografischen Wandels auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Weil die anderen EU-Staaten ebenfalls unter Fachkräftemangel leiden, sollte sich die deutsche Migrationspolitik verstärkt auf Zuwanderer aus Drittstaaten konzentrieren.

Ohne zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland sieht Deutschland – durchaus wörtlich – zunehmend alt aus. Klar ist, dass diese Menschen aus dem außereuropäischen Ausland kommen sollten, da in den anderen EU-Staaten die nachrückenden Altersgruppen, so wie in Deutschland, immer kleiner werden.

Ein Schwerpunkt einer solchen Migrationsstrategie sollte auf Indien liegen, das mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern ein besonders großes

Rekrutierungspotenzial birgt. Aus Indien sind in den vergangenen Jahren bereits verstärkt Fachkräfte nach Deutschland zugewandert:

Lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im Juni 2012 noch bei 16.900, waren es im Juni 2022 schon 99.000.

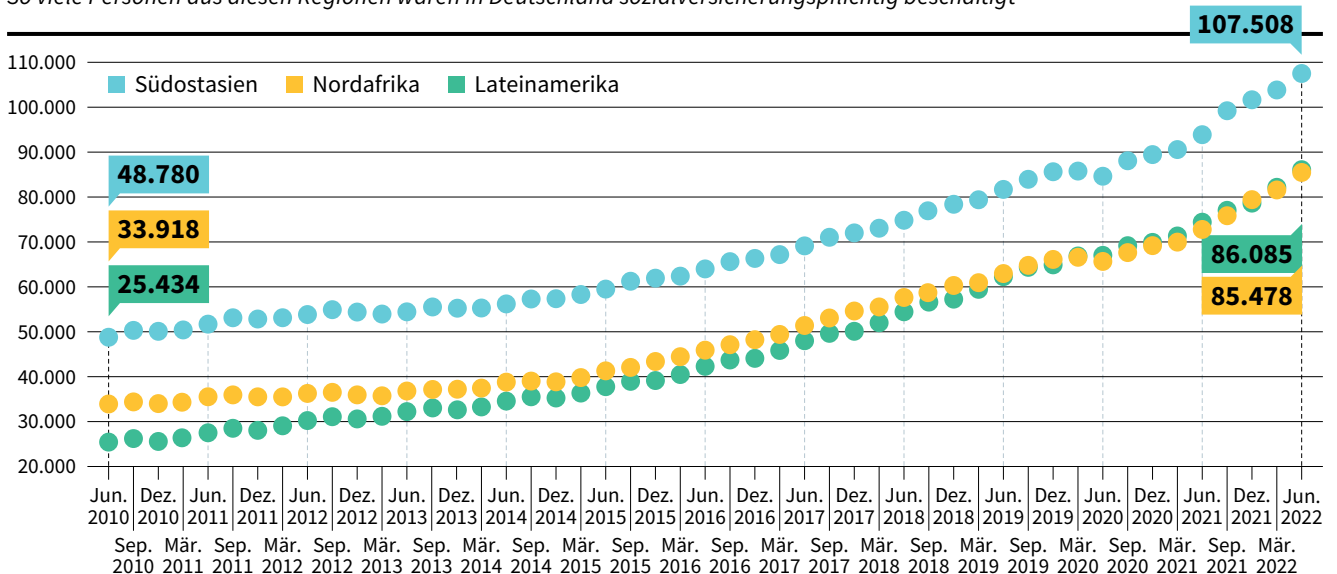
Viele gehen anspruchsvollen Jobs nach: Fast 57 Prozent der indischen Beschäftigten üben in Deutschland eine Experten- oder Spezialistätä-

tigkeit aus. Zum Vergleich: Unter den Bundesbürgern beträgt dieser Anteil gerade einmal 29,5 Prozent (siehe iwd 3/2022).

Es wäre allerdings fahrlässig, nur in einem Land Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt gewinnen zu wollen. Denn politische oder wirtschaftliche Veränderungen können schnell dazu führen, dass die für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands so wichtigen Wanderungsbewegungen zurückgehen oder gar

Mehr ausländische Beschäftigte

So viele Personen aus diesen Regionen waren in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt



Lateinamerika: sämtliche Länder südlich der USA
 Nordafrika: Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien;
 Südostasien: Brunei-Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Timor-Leste, Vietnam

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
 © 2023 IW Medien / iwd

zum Erliegen kommen. Daher muss die deutsche Migrationspolitik ihr Augenmerk auch auf kleinere Länder in anderen Weltregionen richten. Aus ökonomischen und demografischen Gründen bieten sich diese drei Regionen an:

Lateinamerika. Die Region südlich der Vereinigten Staaten hat mit 20,1 Millionen Quadratkilometern eine sehr große Fläche. Allerdings ist die lateinamerikanische Bevölkerung mit 654 Millionen Menschen nicht mal halb so groß wie die von Indien. Obwohl die Region Lateinamerika insgesamt 33 eigenständige Staaten umfasst, lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in nur zwei Staaten: nämlich in Brasilien und Mexiko.

Viele der Lateinamerikaner in Deutschland verfügen über ein hohes Qualifikationsniveau (Grafik):

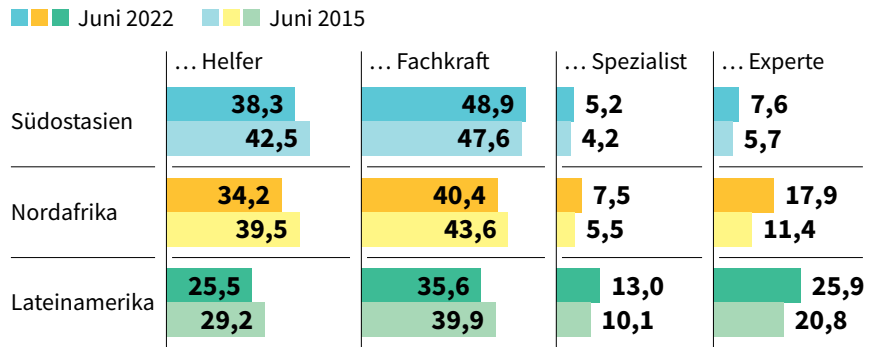
Mitte 2022 übten fast 39 Prozent der in Deutschland beschäftigten Lateinamerikaner eine Experten- oder Spezialistentätigkeit aus.

Allerdings ist die Gesamtzahl der Lateinamerikaner in Deutschland trotz einer deutlich verstärkten Zuwanderung in den 2010er Jahren mit aktuell knapp 170.000 Personen, von denen rund 86.000 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, noch recht überschaubar (Grafik Seite 2).

Nordafrika. Betrachtet man die unterschiedlichen Weltregionen, wird Nordafrika meist mit dem Nahen Osten zusammengefasst. Die Wanderungsbewegungen nach Deutschland aus diesen beiden Regionen unterscheiden sich jedoch grundlegend. Während viele Personen aus den Kriegs- und Krisenländern Vorderasiens hierzulande Schutz suchen, spielt die Aufnahme Geflüchteter für die Zuwanderung aus Nordafrika nur eine geringe Rolle. Auch ist die Lage der Nordafrikaner am deutschen Arbeitsmarkt

Zuwanderer: Immer besser qualifiziert

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus diesen Regionen arbeiteten als ...



Helfer: Tätigkeiten, für die typischerweise kein berufsqualifizierender Abschluss erforderlich ist;
 Fachkraft: Tätigkeiten, für die typischerweise ein beruflicher Abschluss erforderlich ist;
 Spezialist: Tätigkeiten, für die typischerweise ein Meister-, Techniker- oder Fachwirtabschluss oder ein Bachelorstudium erforderlich ist;
 Experte: Tätigkeiten, für die typischerweise ein längeres Hochschulstudium erforderlich ist

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



weit besser und hat in den vergangenen Jahren durch eine verstärkte Beschäftigung in Expertentätigkeiten im MINT-Bereich stark zugenommen.

Besonders günstig stellt sich die Lage bei den Zuwanderern aus Ägypten dar, dem mit 108 Millionen Einwohnern mit weitem Abstand einwohnerreichsten Land Nordafrikas. Hier ist die Position Deutschlands im Wettbewerb um international mobile Fachkräfte vergleichsweise günstig, da in der westlichen Welt bislang kaum größere ägyptische Communitys existieren.

Die größten Zuwanderergruppen aus Nordafrika stammen bisher aus Marokko und Tunesien: In diesen beiden Ländern wurden in den 1960er und 1970er Jahren gezielt Gastarbeiter angeworben.

Südostasien. Obwohl Südostasien flächenmäßig sehr viel kleiner ist als Lateinamerika, leben dort mit 670 Millionen Personen etwas mehr Menschen. Die größten Länder Südasiens sind Indonesien mit 273 Millionen, die Philippinen mit 113 Millionen und Vietnam mit 97 Millionen Einwohnern.

In Deutschland lebten im Jahr 2021 insgesamt 238.000 Südasiaten, darunter 111.000 Vietnamesen. Ursache dafür ist vor allem die gezielte Anwerbung vietnamesischer Arbeitskräfte durch die DDR in den späten 1980er Jahren.

Zur Fachkräftesicherung tragen die Beschäftigten aus den Philippinen stark bei, sie sind fast zur Hälfte (48 Prozent) im besonders stark von Engpässen betroffenen Gesundheits- und Sozialwesen tätig. Gut ist die Lage am deutschen Arbeitsmarkt auch für Zuwanderer aus Indonesien: Im Jahr 2021 betrug die Arbeitslosenquote von Indonesiern in Deutschland nur 3 Prozent. Fast jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus diesem Land ging zudem einer Spezialisten- oder Expertentätigkeit nach.

IW-Report 14, 23 und XX/2023
 Wido Geis-Thöne: Zuwanderung aus Nordafrika/Zuwanderung aus Südostasien/
 Zuwanderung aus Lateinamerika
iwkoeln.de/zuwanderung_nordafrika
iwkoeln.de/zuwanderung_suedostasien
iwkoeln.de/zuwanderung_suedamerika

Interview. Die Bundesregierung versucht seit vielen Jahren, ausländische Fachkräfte anzuwerben. Eine Initiative ist das Portal „Make it in Germany“, das vom IW betreut wird. **Kerstin Krey**, Leiterin des IW-Clusters Bildung, Innovation, Migration, erklärt, mit welchen Pfunden Deutschland im Ausland wuchern kann.

„Das Zugpferd ist die Perspektive auf einen interessanten und gut bezahlten Job“

Das IW ist für die operative Umsetzung von „Make it in Germany“, einem Fachkräfte-Anwerbeportal der Bundesregierung, zuständig. Wann gilt denn jemand hierzulande als Fachkraft?

Als Fachkraft gilt in Deutschland eine Person, die eine Ausbildung genossen hat, die mindestens zwei Jahre dauert.

Das Portal ist mittlerweile zehn Jahre alt. Wie viele ausländische Fachkräfte konnten Sie damit bislang nach Deutschland locken?

Das ist schwer zu messen, denn das Portal ist ja im Internet frei zugänglich. Aber wir stellen beispielsweise fest, dass unsere verstärkte Ansprache der indischen Community, die wir seit 2012 betreiben, sehr gut funktioniert: Das Volumen der indischen Zuwanderer hat sich seitdem verfünffacht. In der sind aktuell die größte Volksgruppe,

die über den Aufenthaltstitel der Blauen Karte in Deutschland angeworben wird.

Aus welchen anderen Ländern kommen Fachkräfte hierher?

Auch aus Lateinamerika, den nordafrikanischen Staaten und aus Südostasien sind die Zuwanderungszahlen seit 2012 stark gewachsen, was auch auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zurückzuführen ist. Die meisten Menschen kommen jedoch aufgrund der EU-Freizügigkeit immer noch aus anderen EU-Staaten, obwohl in der gesamten EU inzwischen in vielen Berufen Fachkräftengpässe herrschen. So gibt es etwa in Polen und Rumänien einen Fachkräftemangel, weshalb auch diese Länder mittlerweile Personen aus dem Ausland anwerben.

Spricht „Make it in Germany“ denn Menschen in anderen EU-Ländern explizit an?

Das Portal ist während der Bankenkrise gestartet, als es in Spanien, Italien und Griechenland hohe Arbeitslosenraten gab und wir in diesen Sprachen Landingpages aufgezo-gen haben. Auch jetzt gibt es immer noch ein großes Informationsbedürfnis von EU-Bürgern, die sich für einen Job in Deutschland interessieren. Unser Fokus liegt aber auf Fachkräften aus Drittstaaten, unter anderem deshalb, da bei dieser Personengruppe ein größerer Informationsbedarf durch aufenthaltsrechtliche Regelungen besteht. Letztendlich finden aber natürlich alle ausländischen Fachkräfte – ob EU oder nicht EU – relevante und zuverlässige Informationen auf unserem Portal.

Wie stellen Sie Deutschland im Portal dar? Als Einwandererparadies mit hohem Lebensstandard oder als Land mit schwer zu



Foto: IW Medien

erlernender Sprache und Dauer-nieselregen?

Wir versuchen, die Nachteile von Deutschland wie die schwer zu erlernende Sprache wettzumachen, indem wir die Vorteile benennen: dass wir ein sicheres Land sind, auch für Frauen – schließlich sind ein Drittel der Zuwanderer aus Drittstaaten Frauen –, dass wir Diversität leben oder dass es Grundrechte gibt, die für jeden einklagbar sind. Auch mit den bestehenden Arbeitnehmerrechten kann Deutschland im internationalen Vergleich punkten.

Warum entscheiden sich Menschen aus dem Ausland dafür, nach Deutschland zu kommen?

Ich denke, im Zentrum für alle zugewanderten Fachkräfte steht die starke Wirtschaft. Das Zugpferd ist die Perspektive, dass man hier interessante und auch gut bezahlte Jobs findet. In der Beliebtheitskala

steht Deutschland allerdings in der Tat nicht ganz oben, das sind vor allem EU-Länder, in denen Englisch die Arbeitssprache ist – etwa die skandinavischen Länder oder die Niederlande.

Wollen die meisten Zuwanderer nur für eine bestimmte Zeit herkommen oder für immer?

Einige wollen nur für eine kurze Zeit nach Deutschland, um hier Erfahrungen zu sammeln und möglichst viel zu verdienen. So war das etwa bei den Spaniern und Italienern. Viele von ihnen sind nach der Bankenkrise zurückgegangen, nachdem die Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern sank und die dortige Wirtschaft wieder florierte.

Andere, vor allem aus solchen Ländern mit einem schwierigen Arbeitsmarkt, wollen dauerhaft kommen. Sie nutzen auch gerne die Möglichkeit des Familiennachzugs.

Welche Unterstützung erhalten ausländische Fachkräfte, wenn sie in Deutschland ankommen?

Es gibt keinen Bonus oder ein Willkommenspaket. Was wir an institutionellen Einrichtungen haben, sind die regionalen Welcome Center und Migrationsberatungsstellen, die den Fachkräften zur Seite stehen. Die Unterstützung erfolgt also in erster Linie durch das einstellende Unternehmen und die neuen Kollegen. Unser Portal hat auch einen Bereich, wo wir Betrieben Tipps geben, wie sie sich auf neue Mitarbeiter aus dem Ausland vorbereiten können: indem sie ihre Belegschaft für die Neuankömmlinge sensibilisieren, Patenschaften organisieren, vorab bei der Wohnungssuche helfen oder gar selbst eine Unterkunft stellen.

Wie viele ausländische Fachkräfte brechen ihren Aufenthalt in Deutschland vorzeitig ab?

Das lässt sich statistisch nicht beziffern. Es gibt allerdings eine nicht repräsentative Umfrage zu den Gründen des Weggangs von ausländischen Fachkräften: Der meistgenannte Grund ist ein aufenthaltsrechtliches Problem.

Wie viele Menschen müssten zuwandern, um die Fachkräftelücke in Deutschland zu schließen?

Es bräuchte mindestens 400.000 zusätzliche Fachkräfte im Jahr, was wir nicht annähernd erreichen. Um die Zuwanderung zu erleichtern, wird nun das Gesetz überarbeitet und es gibt jetzt überall Initiativen zur Rekrutierung. Besonders wichtig ist es, die Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Hier gibt es derzeit große Kapazitätsengpässe, zudem ist kaum etwas digitalisiert. Alles muss in Papierform eingereicht werden; übersetzte, beglaubigte Kopien müssen oft für jedes einzelne Amt herbeigeschafft werden. Das ist alles unglaublich aufwendig und zeitraubend.

Klamme Kirchen?

Kirchensteuer. Austritte in Rekordhöhe, der demografische Wandel und die Inflation könnten die Kirchen in Deutschland in finanzielle Bedrängnis bringen. Eine IW-Prognose rechnet mit real rückläufigen Kirchensteuereinnahmen.

Auf den ersten Blick lesen sich die Zahlen positiv: 12,9 Milliarden Euro nahmen die katholische und die evangelische Kirche im Jahr 2022 an Kirchensteuern ein, rund 200 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Doch die Glaubensgemeinschaften kämpfen um ihre Steuerzahler:

Im Jahr 2022 verloren die beiden Kirchen hierzu- lande schätzungsweise mehr als 3 Prozent ihrer Mitglieder – insgesamt rund 1,3 Millionen Menschen.

Hauptgrund dafür sind die Austritte, die 2022 erneut ein Rekordhoch erreicht haben dürften. Bereits 2021 traten mit 640.000 Menschen so viele aus der Kirche aus wie nie zuvor. Hinzu kommt, dass die Kirchen im vergangenen Jahr mehr Sterbefälle als Taufen und Wiedereintritte verzeichneten. Damit waren Anfang 2023 noch knapp 40 Millionen Bundesbürger Kirchenmitglied, rund ein Viertel weniger als 20 Jahre zuvor.

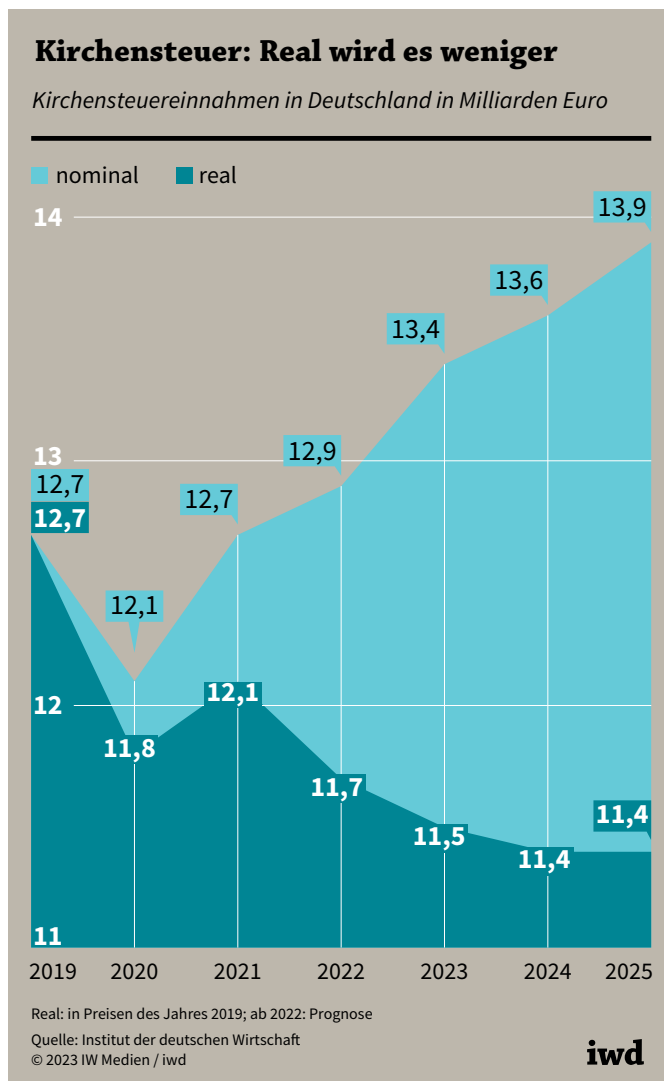
Das wirkt sich auf die Einnahmen aus der Kirchensteuer aus. Sie wird proportional zur Einkommensteuer erhoben – die nominalen Steuereinnahmen wachsen also, wenn die Erwerbstätigen mehr Geld verdienen. Während die staatlichen Einnahmen aus der Einkommensteuer im Jahr 2022 um rund 4,5 Prozent zulegten, stiegen die Kirchensteuererträge aber nur um schätzungsweise 1,5 Prozent. Der demografische Wandel verstärkt diesen Trend. Viele geburtenstarke Jahrgänge gehen zeitnah in Rente. Dann bezahlen sie keine oder weniger Einkommensteuern – und entsprechend weniger Kirchensteuer – als in ihrer Erwerbsphase.

Das IW hat nun berechnet, wie sich die Kirchensteuereinnahmen voraussichtlich entwickeln werden. Die Prognose berücksichtigt aktuelle Konjunkturdaten, erwartete Inflationsraten und wahrscheinliche Steuerrechtsänderungen. Unterstellt wird zudem ein jährlicher Mitgliederrückgang der Kirchen von 2,6 Prozent pro Jahr, das ist der Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022.

Das Ergebnis: Die nominalen Kirchensteuereinnahmen dürften in den kommenden Jahren zwar steigen. Kaufkraftbereinigt müssen die Kirchen allerdings mit Einbußen rechnen (Grafik):

Die realen Einnahmen aus der Kirchensteuer werden laut IW-Prognose von 12,1 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 11,4 Milliarden Euro 2025 sinken.

Den Verlust müssten die Kirchen an anderer Stelle kompensieren. Den Steuersatz zu erhöhen, würde vermutlich noch mehr Menschen veranlassen, der Kirche den Rücken zu kehren, und wäre damit kontraproduktiv. Vielmehr sollten die Kirchen versuchen, das Vertrauen von austrittswilligen Mitgliedern zurückzugewinnen.



IW-Kurzbericht 26/2023

Tobias Hentze: Kirchensteuer – Austrittswelle hinterlässt immer größere Spuren

[iwkoeln.de/kirchenaustritte](https://www.iwkoeln.de/kirchenaustritte)

Umdenken bei grünen Subventionen

Klimaschutz. Deutschland ist Europameister, was Subventionen für den Umweltschutz angeht. Doch Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen: Mehr Geld allein reicht nicht, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Wenn Deutschland bis 2045 klimaneutral sein soll, muss es einen neuen Weg einschlagen.

Die EU will bis 2050 treibhausgasneutral werden. Deutschland gibt sich besonders ambitioniert und will dieses Ziel sogar schon fünf Jahre früher erreichen. Doch der Umstieg auf eine treibhausgasneutrale Produktion und klimaneutrale Dienstleistungen wird teuer. Damit Unternehmen und Bürger sich den Umstieg leisten wollen und können, subventionieren die EU-Staaten diesen Prozess umfassend. Die Höhe der Subventionszahlungen ist jedoch sehr unterschiedlich:

Deutschland hat als selbst ernannter Musterschüler den Umweltschutz zuletzt am stärksten subventioniert – allein im Jahr 2020 mit 42,7 Milliarden Euro.

Das waren 34 Milliarden Euro mehr, als der Zweitplatzierte geleistet hat – das Vereinigte Königreich, das trotz des Brexits noch in der Statistik erfasst wurde. Die dritthöchsten Subventionen gewährte Frankreich mit rund 6 Milliarden Euro.

Die beiden letzten Plätze innerhalb der EU belegen Portugal und Zypern mit 40 beziehungsweise 25 Millionen Euro – weniger als ein Hundertstel des deutschen Wertes.

Spitzenplatz hin oder her, die zentrale Frage für Deutschland lautet: Lässt sich mit der bisherigen Subventionsstrategie das Ziel erreichen, 2045 treibhausgasneutral zu sein?

Um hierauf eine Antwort zu finden, hat das IW die Emissionen der vergangenen Jahre fortgeschrieben und damit auch eine Fortsetzung des bisherigen politischen Kurses unterstellt. Das Ergebnis (Grafik):

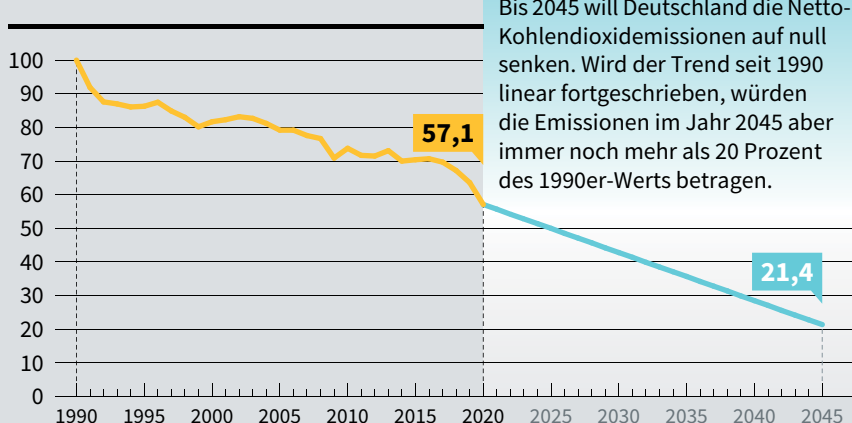
Reduzieren sich die CO₂-Emissionen weiterhin so wie in den vergangenen Jahren, würden sie im Jahr 2045 immer noch 21 Prozent des 1990er-Werts betragen.

Um bis 2045 Nettoemissionen von null zu erreichen, genügt ein „Weiter so“ also nicht. Doch die Subventionen noch zu erhöhen, ist nicht unbedingt die richtige Lösung. Vielmehr muss die Effizienz der Ausgaben verbessert werden – denn nicht jede Subvention zahlt auf das deutsche Klimaziel ein. So stellte das Center of Automotive Management Anfang 2022 fest, dass mehr als 10 Prozent der Elektrofahrzeuge, für die in Deutschland ein Umweltbonus beantragt wurde, nach sechs Monaten ins Ausland verkauft wurden. Damit flossen Fördermittel von rund 240 Millionen Euro ab.

Außerdem sollten die Subventionen zumindest EU-weit koordiniert werden, damit sich die Staaten nicht gegenseitig überbieten.

Treibhausgasemissionen: Nulllinie noch nicht in Sicht

CO₂-Emissionen in Deutschland, 1990 = 100



CO₂-Emissionen: ab 2021 lineare Fortschreibung des bisherigen Trends

Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW Kurzbericht 20/2023

Christian Rusche: Der Umweltschutz im Spiegel staatlicher Beihilfen
iwkoeln.de/beihilfen

Coronapandemie stoppt den positiven Trend

Gesetzliche Unfallversicherung. Ob Arbeitsunfall oder berufsbedingte Erkrankung: Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung kümmern sich um versicherte Arbeitnehmer – von der Kostenübernahme für die ärztliche Versorgung bis zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation.

Generell ist die Entwicklung erfreulich: Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitstellen in Deutschland. 2021 stoppte der positive Trend aber – bei den Berufskrankheiten kehrte er sich sogar um. Grund dafür war die starke Verbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus. Wegen der meist glimpflich verlaufenden Erkrankungen führte Covid-19 aber nur äußerst selten zur Berufsunfähigkeit.

Trotz des Anstiegs der Fallzahlen sind die Beiträge zur Unfallversicherung 2021 gesunken. Hier gibt es nämlich keinen einheitlichen Beitragssatz. Unter Berücksichtigung branchen- und betriebspezifischer Risiken werden die Beiträge unternehmensindividuell berechnet.

Der Großteil der von der gesetzlichen Unfallversicherung aufgewendeten 15,8 Milliarden Euro floss in Renten,

Hilfen für Hinterbliebene, Behandlungen und Rehamaßnahmen. Prävention war ein eher kleiner Posten. Das hängt damit zusammen, dass die Unternehmen das Gros der Investitionen in sichere Maschinen, ergonomische Bürostühle oder das betriebliche Gesundheitsmanagement selbst stemmen.

20,6
meldepflichtige Arbeitsunfälle gab es 2021 in der Gesamtwirtschaft auf je 1.000 Vollzeitstellen gerechnet – das waren 1,2 mehr als im Vorjahr.

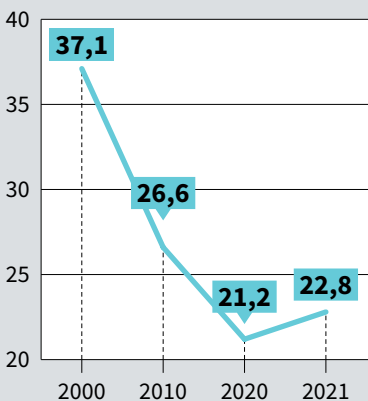
Langfristig wird die Arbeit aber immer sicherer: Im Jahr 2003 lag die Arbeitsunfallquote noch bei **31**.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
© 2023 IW Medien / iwd

Sinkflug bei den Arbeitsunfällen vorerst gestoppt

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft

Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt



| Berufsgenossenschaft | 2000 | 2010 | 2020 | 2021 |
|--|------|------|------|------|
| Bauwirtschaft | 90,4 | 66,5 | 49,8 | 49,8 |
| Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation | 48,8 | 43,5 | 39,0 | 42,9 |
| Nahrungsmittel und Gastgewerbe | 56,0 | 40,1 | 31,6 | 32,2 |
| Holz und Metall | 58,3 | 42,6 | 31,4 | 33,1 |
| Handel und Warenlogistik | 32,6 | 26,9 | 22,2 | 24,3 |
| Rohstoffe und chemische Industrie | 30,8 | 19,2 | 17,4 | 18,9 |
| Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse | 22,9 | 21,8 | 16,0 | 17,0 |
| Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege | 15,9 | 15,7 | 13,9 | 15,2 |
| Verwaltung | 19,0 | 15,8 | 11,4 | 13,0 |

Vollarbeiter: einschließlich Teilzeitkräften umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
© 2023 IW Medien / iwd

Beitragslast trotz Corona konstant

Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung in Prozent des gesamten Arbeitsentgelts

| 2010 | 2015 | 2020 | 2021 | |
|------|------|------|------|---|
| 3,95 | 3,59 | 3,34 | 3,40 | Bauwirtschaft |
| 2,17 | 2,08 | 1,78 | 1,72 | Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation |
| 1,72 | 1,80 | 1,45 | 1,44 | Nahrungsmittel und Gastgewerbe |
| 1,44 | 1,42 | 1,36 | 1,29 | Rohstoffe und chemische Industrie |
| 1,48 | 1,31 | 1,21 | 1,24 | Holz und Metall |
| 1,13 | 1,03 | 1,00 | 0,99 | Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse |
| 0,99 | 0,93 | 0,94 | 0,94 | Handel und Warenlogistik |
| 0,91 | 0,79 | 0,78 | 0,74 | Verwaltung |
| 0,76 | 0,77 | 0,74 | 0,74 | Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege |
| 1,32 | 1,19 | 1,14 | 1,13 | Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt |

Vollarbeiter: einschließlich Teilzeitkräften umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quellen: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



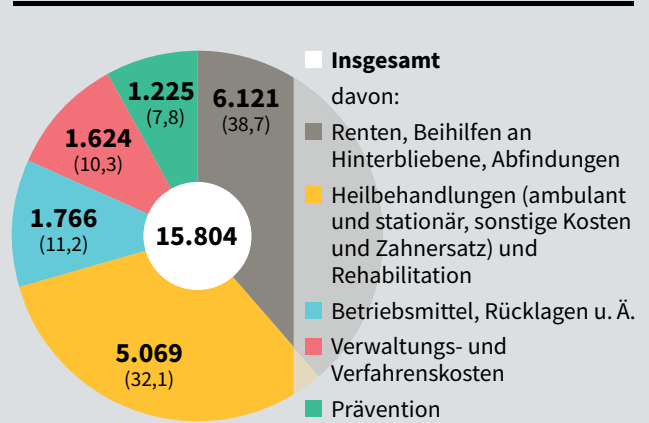
Neu auf iwd.de: Interview zur gesetzlichen Unfallversicherung

Welche Gründe gibt es für die langfristig gestiegene Arbeitssicherheit und wie arbeiten die Berufsgenossenschaften mit den Unternehmen zusammen? Diese und weitere Fragen beantwortet IW-Experte Jochen Pimpertz im Interview auf iwd.de.



Ausgaben: Renten sind der größte Posten

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung 2021



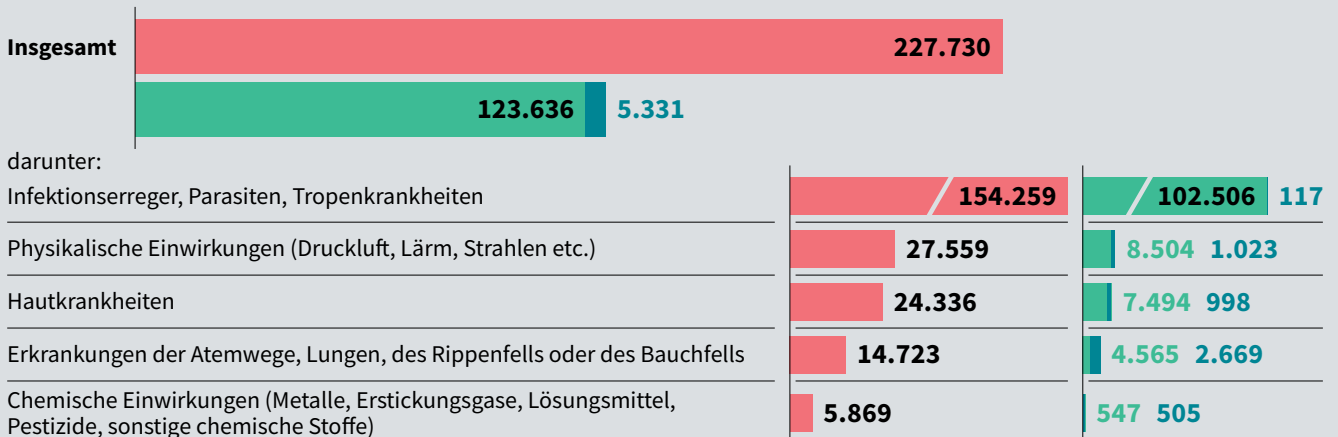
Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2023 IW Medien / iwd



Von der Meldung bis zur Rente

Im Jahr 2021 wurden von den am häufigsten angezeigten Fällen so viele auch als Berufskrankheit anerkannt und führten schließlich zu einer neuen Berufsunfähigkeitsrente

Verdachtsanzeigen Anerkennung – darunter: Neue Renten



Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2023 IW Medien / iwd



Ein Schub für die Digitalisierung

Fremdpersonal. In rund jedem vierten Unternehmen in Deutschland waren im Jahr 2021 Solo-Selbstständige oder Werkvertragsmitarbeiter von anderen Firmen tätig. Die Unternehmen profitieren vor allem davon, dass das Fremdpersonal schnell für kurzfristig anfallende Aufgaben verfügbar ist. Zudem bringen die Externen oft spezielles Know-how mit – nicht zuletzt im Bereich digitaler Technologien.

Wenn in der Wissenschaft oder den Medien über Solo-Selbstständige gesprochen wird, geht es meistens um ihren Status im Arbeitsleben – unter anderem beim Thema Scheinselbstständigkeit – oder ihre soziale Absicherung, zum Beispiel mit Blick auf die Rente. Eine andere relevante Frage wird dagegen selten erörtert: Welchen Beitrag leisten diese und ähnliche Erwerbsformen zum wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland?

Um hier ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft im Rahmen des IW-Personalpanels die Unternehmen in Deutschland zu ihrem Einsatz von Fremdpersonal befragt. Ein erster Blick auf die Ergebnisse zeigt, dass externe Arbeitskräfte in den hiesigen Betrieben gern gesehen sind (Grafik):

Insgesamt setzte gut ein Viertel der befragten Unternehmen im Jahr 2021 Solo-Selbstständige, freie Mitarbeiter und/oder Werkvertragsmitarbeiter aus Fremdfirmen ein.

Allein mehr als 20 Prozent der Firmen holten sich Solo-Selbstständige und freie Mitarbeiter auf Werk- und Dienstvertragsbasis ins Haus. Von den Unternehmen mit mindes-

tens 250 Beschäftigten taten dies sogar fast 38 Prozent.

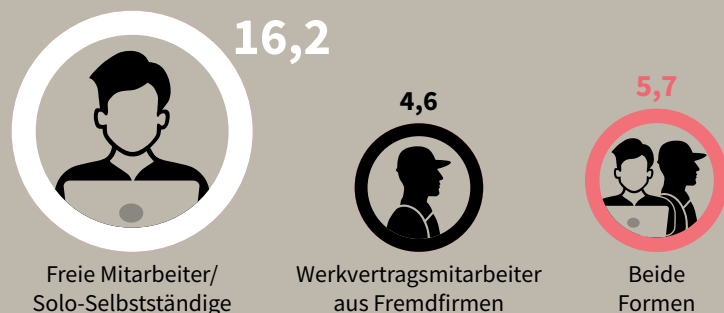
Diese Zahlen einzuordnen, ist mangels früherer Vergleichswerte nicht einfach, bezieht sich die Befragung doch auf das Jahr 2021 – also ein stark von der Coronapandemie geprägtes Jahr, in dem viele wirtschaftliche Aktivitäten eingeschränkt waren und Unternehmen ihre (Arbeits-)Prozesse auch räumlich anders organisieren mussten. Insofern bleibt offen, ob der hier ermittelte Einsatz von Fremdpersonal ein normales Niveau widerspie-

gelt oder durch den Pandemieeffekt verzerrt ist.

Unabhängig davon zeigt die Befragung, dass die Unternehmen klare Motive für den Einsatz der externen Arbeitskräfte haben. Die Kostensenkung zählt bei den meisten nicht dazu – so wollte nur knapp ein Drittel der Firmen, die zuletzt Solo-Selbstständige oder Werkvertragsbeschäftigte eingesetzt haben, dadurch die Arbeitskosten reduzieren. Der Mehrzahl der Befragten geht es um andere Aspekte (Grafik Seite 11):

Jedes vierte Unternehmen holt sich Unterstützung von außen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland setzten im Jahr 2021 diese Formen von Fremdpersonal ein



Befragung von 907 Unternehmen im Frühjahr und Sommer 2022 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Mehr als drei Viertel der Unternehmen, die im Jahr 2021 Solo-Selbstständige beschäftigten, taten das, weil sie vorübergehend zusätzliche Mitarbeiter benötigten und dieses Fremdpersonal schnell verfügbar war.

Auch für den Einsatz von Werkvertragsbeschäftigten waren dies die meistgenannten Gründe.

Ein wichtiges Motiv ist zudem, dass das Fremdpersonal spezifisches Know-how mitbringt, das im Unternehmen nicht im benötigten Maß vorhanden ist.

Wo das Fachwissen der externen Arbeitskräfte benötigt wird, lässt sich aus deren Einsatzgebieten ablesen. Ein Schwerpunkt ist die Produktion – rund die Hälfte der Unternehmen, die Solo-Selbstständige beziehungsweise Werkvertragsmitarbeiter beschäftigen, nennen die Fertigungslinien als Einsatzgebiet. Als Motiv führen die Firmen besonders häufig die schnelle Verfügbarkeit des Fremdpersonals an – vermutlich werden die externen Spezialisten also vor allem dann benötigt, wenn neue Verfahren etabliert oder Störungen behoben werden sollen.

Hohe Relevanz hat Fremdpersonal auch im IT-Bereich:

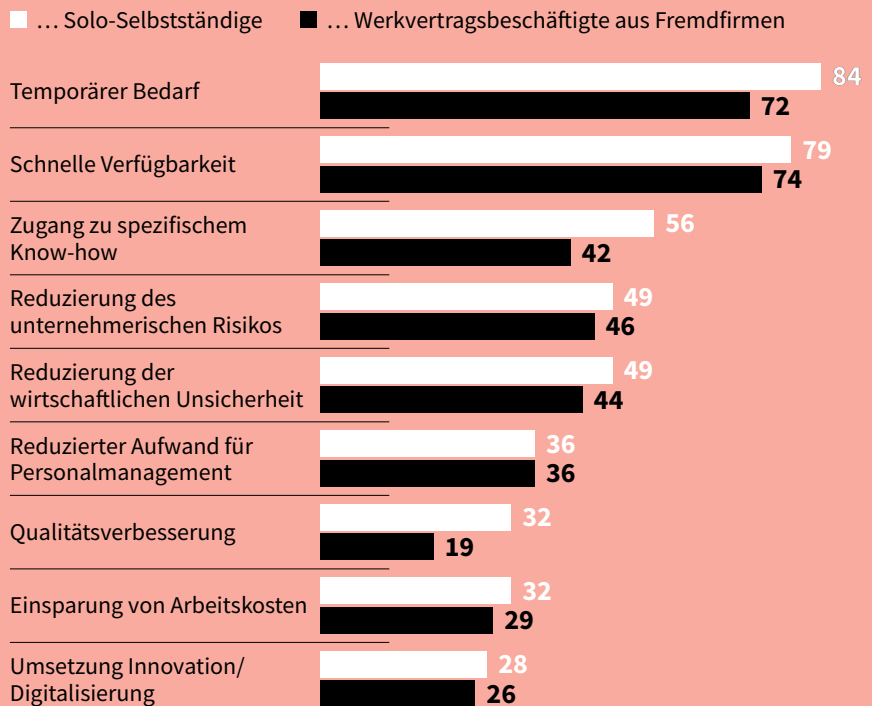
Rund 39 Prozent der Unternehmen, die Solo-Selbstständige einsetzen, benötigen diese für IT-Dienstleistungen.

Bezogen auf die Werkvertragsmitarbeiter ist der Anteil mit 28 Prozent zwar etwas niedriger. Strategische Bedeutung haben aber beide Gruppen. Denn neben dem Einsatzmotiv, spezifisches Know-how für das Unternehmen verfügbar zu machen und (IT-)Prozesse zu verbessern, sollen die externen Fachkräfte die Firmen auch dabei unterstützen, Digitalisierungsvorhaben und Innovationen umzusetzen. Und:

Eine statistische Analyse der Befragungsergebnisse spricht für

Fremdpersonal: Die flexible Lösung

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die im Jahr 2021 ... einsetzten, gaben dafür diese Motive an



Solo-Selbstständige: einschließlich freie Mitarbeiter
Angaben von 152 (Solo-Selbstständige) beziehungsweise 111 (Werkvertragsbeschäftigte) Unternehmen im Frühjahr und Sommer 2022 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



die Hypothese, dass das Fremdpersonal viele Unternehmen erst dazu befähigt, die Digitalisierung in gewünschtem Maße voranzutreiben.

Tatsächlich haben Unternehmen, die Fremdpersonal einsetzen, in den zwei Jahren vor der Befragung signifikant mehr Digitalisierungstechnologien implementiert als Firmen ohne externe Mitarbeiter.

Im Einzelnen erhöht der Einsatz von Solo-Selbstständigen vor allem die statistische Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen in jüngster Zeit Systeme der künstlichen Intelligenz oder Verfahren einer erweiterten virtuellen Realität eingeführt hat. Offenbar holen sich die Unternehmen also hochspezialisierte externe Anbieter ins Haus, um diese in der

Wirtschaft noch wenig verbreiteten Technologien nutzen zu können.

Werkvertragsbeschäftigte von Fremdfirmen kamen dagegen zuletzt vor allem zum Einsatz, um Cloud-Services, digitale Vertriebswege oder Big-Data-Analysen zu implementieren. Bei diesen bereits etwas reiferen Digitalisierungstechnologien hat sich ein Markt für spezialisierte Firmen mit fest angestellten Mitarbeitern etabliert. Diese werden dann im Rahmen von Werkverträgen für andere Unternehmen tätig.

Aus IW-Trends 1/2023

Oliver Stettes: Solo-Selbstständige und Werkvertragsbeschäftigte als Katalysatoren des digitalen Wandels in deutschen Unternehmen
iwkoeln.de/solo-selbststaendige

Nur begrenzt grenzenlos

Europäischer Binnenmarkt. Seit nunmehr 30 Jahren gibt es den europäischen Binnenmarkt, der den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital in der EU ermöglicht. Doch eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass die vier Grundfreiheiten noch auf Grenzen stoßen. Auch Vorgaben der Europäischen Union wirken teils kontraproduktiv.

Ein Raum ohne Binnengrenzen: Urlaubsreisende in der EU können ihn Tag für Tag erleben, wenn sie ohne Grenzkontrollen von Land zu Land reisen. Bereits der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft forderte den gemeinsamen Binnenmarkt als Voraussetzung – mit dem 31. Dezember 1992 als Stichtag. Der Wegfall der Schranken an den Grenzen war dafür nur ein Element.

Wie es 30 Jahre später mit der innereuropäischen Grenzenlosigkeit insgesamt aussieht, hat nun das IW untersucht. Grundlage der Analyse ist die ökonomische Annahme, dass Preisunterschiede abnehmen, wenn sich Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei bewegen können.

Doch es zeigt sich, dass die Preise in den EU-Mitgliedsstaaten nach wie









vor zum Teil sehr unterschiedlich ausfallen:

Im Jahr 2021 lag das Preisniveau – gemessen an den Konsumausgaben der privaten Haushalte – in Irland um 44 Prozent über dem Durchschnitt aller EU-Staaten, in Rumänien dagegen um 45 Prozent darunter.

Der Quotient aus dem Preisniveau in Irland und jenem in

Preisunterschiede nach Produktgruppen im EU-Binnenmarkt

Um so viel Prozent wich das Preisniveau für Waren oder Dienstleistungen in dieser Produktgruppe 2021 vom EU-Durchschnitt ab. Angegeben sind die EU-Staaten mit der jeweils stärksten Abweichung nach unten und oben.

| | | | | | |
|---|-----------------------------------|-----|-----------|-------------|----|
|  | Nachrichtenübermittlung | -65 | Rumänien | Belgien | 71 |
|  | Hoch- und Tiefbau | -46 | Rumänien | Finnland | 51 |
|  | Fahrzeugbau | -18 | Litauen | Niederlande | 35 |
|  | Bekleidung und Schuhe | -23 | Bulgarien | Dänemark | 33 |
|  | Möbel und Einrichtungsgegenstände | -43 | Bulgarien | Luxemburg | 30 |
|  | Nahrungsmittel | -31 | Rumänien | Luxemburg | 27 |
|  | Metallerzeugnisse | -12 | Polen | Malta | 19 |
|  | Maschinen und Geräte | -12 | Polen | Dänemark | 17 |

Berechnungen auf Grundlage von Kaufkraftparitäten; Produktgruppen: Auswahl

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2023 IW Medien / iwd

Rumänien betrug 2,6. Das heißt: Waren und Dienstleistungen waren in Irland im Schnitt um das 2,6-Fache teurer als in Rumänien.

Mit Blick auf einzelne Warengruppen und Dienstleistungen zeigten sich noch eklatantere Preisunterschiede (Grafik Seite 12):

Produkte im Bereich der Nachrichtenübermittlung waren im Jahr 2021 in Rumänien 65 Prozent günstiger als im EU-Durchschnitt, in Belgien 71 Prozent teurer.

Teilweise beeinflussen allerdings auch die Mitgliedsstaaten die Preisbildung, weil die öffentliche Hand Vorgaben macht oder neue Preise genehmigen muss – wie etwa das Porto bei der Post in Deutschland.

Auf der anderen Seite fallen die Unterschiede bei elektrischer und optischer Ausrüstung mit einem Quotienten von 1,2 merklich geringer aus, ebenso bei Maschinen und Geräten mit 1,3 und im Fahrzeugbau

mit 1,6. Im Bereich der Ausrüstungs-investitionen funktioniert der Binnenmarkt also relativ gut – anders als im Baugewerbe, das auf einen Quotienten von 3,1 kommt.

Im Bausegment fällt auf, dass der Wert im Wohnungsbau mit 3,7 deutlich höher liegt als im Hoch- und Tiefbau mit „nur“ 2,8. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass im Hoch- und Tiefbau Aufträge oft durch staatliche Stellen vergeben werden – und die müssen bei Großprojekten EU-weit ausschreiben. Das führt wohl dazu, dass sich die Preise annähern – Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft.

Während die Quotienten der Preisniveaus den Status quo beschreiben, taugt ein anderes Maß dafür, die zeitliche Entwicklung in den Blick zu nehmen: der Variationskoeffizient. Er wird berechnet als Quotient aus Standardabweichung und Mittelwert. Dieser Indikator

erscheint zwar etwas abstrakt, seine Aussagekraft ist indes leicht zu verstehen. Denn der Koeffizient ist umso größer, je stärker einzelne Preise vom Mittelwert abweichen. Er reduziert sich also, wenn die Preisunterschiede für einzelne Waren und Dienstleistungen sinken. Für den EU-Binnenmarkt ist das über die vergangenen Jahre allerdings nicht der Fall gewesen (Grafik):

Die Preisunterschiede für Waren in Ländern des europäischen Binnenmarkts sind seit 2003 nahezu konstant geblieben, für Dienstleistungen haben sie sich sogar merklich erhöht.

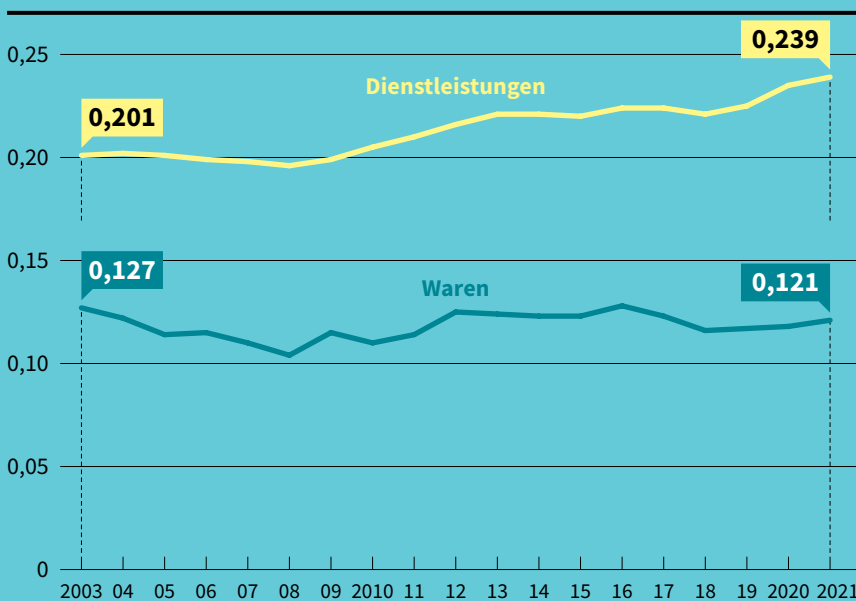
Sowohl der Variationskoeffizient als auch die Quotienten der Preisniveaus belegen, dass es noch immer erhebliche Wettbewerbsbeschränkungen innerhalb der EU gibt – vor allem mit Blick auf den Dienstleistungssektor. Tatsächlich sind gerade hier die nationalen Regulierungen alles andere als einheitlich und die Mitgliedsstaaten nutzen ihre Spielräume, um landeseigene Anbieter vor Konkurrenz zu schützen.

Die EU verstärkt das Problem zusätzlich: Aufgrund von EU-Recht ist selbst bei kurzfristigen Dienstreisen ein Nachweis dafür erforderlich, dass der entsandte Arbeitnehmer sozialversichert ist.

Bis zur innereuropäischen Grenzenlosigkeit ist es also noch ein weiter Weg. Die EU-Mitgliedsstaaten täten gut daran, ihn gemeinsam zu beschreiten und nationale Interessen hintanzustellen. Die Europäische Union sollte derweil prüfen, inwiefern sie ihr Regelwerk zur Personenfreizügigkeit im Arbeitskontext lockern kann.

EU-Binnenmarkt: Preisunterschiede haben Bestand

Preisunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten des europäischen Binnenmarktes gemessen am Variationskoeffizient



Variationskoeffizient: Quotient aus Standardabweichung und Mittelwert, jeweils BIP-gewichtet; je weiter der Wert von 0 entfernt liegt, desto unterschiedlicher sind die Preise; Berechnungen auf Grundlage von Kaufkraftparitäten

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

Hohes Einkommen ist relativ

Einkommensverteilung. Bin ich arm oder reich? Diese Frage stellt sich wohl jeder hin und wieder. Das IW hat nun berechnet, wie hoch die Einkommen für verschiedene Haushaltskonstellationen sein müssen, um eine vergleichbare Wohlstandsposition zu erreichen. An den Ergebnissen lässt sich außerdem ablesen, wie viel Prozent der Bevölkerung ärmer oder reicher sind als man selbst.

Einkommen miteinander zu vergleichen, ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht einfach. Zunächst einmal gilt es festzulegen, was alles in die Berechnung einfließt. Der Nettolohn natürlich – also das Gehalt abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Aber auch Renten und Transferleistungen wie das Kindergeld zählen zum Einkommen. Für Wohneigentümer, die ihre Immobilie selbst nutzen, wird zudem der Nettomietvorteil als Einkommensbestandteil berücksichtigt.

Die Auflistung zeigt, dass das Ermitteln der Einkommen ein aufwendiger Prozess ist. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einkommensdaten immer erst mit großem zeitlichem Verzug verfügbar sind: Aktuell gibt es valide Einkommensdaten nur bis zum Jahr 2019.

Das Einkommen allein sagt aber noch nicht alles über den Lebensstandard der Menschen aus. Ein Single lässt sich schließlich schlecht mit einem Paar oder einer Familie vergleichen. Die Verteilungsforschung nutzt daher für ihre Berechnung die sogenannte Bedarfsgewichtung. Das Prinzip ist simpel: Ein Single besitzt beispielsweise eine

ausgestattete Küche und ein Wohnzimmer. Ein Paar braucht diese Räume aber nicht doppelt, sondern teilt sie sich. Das Konzept der Bedarfsgewichtung berücksichtigt also, dass das Leben für zusammenwohnende Menschen günstiger ist. Daraus ergibt sich folgende Metrik:

Ein Paar ohne Kinder muss gemeinsam nur über das Andert-halb-fache des Einkommens eines Singlehaushalts verfügen, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen.

Der Umrechnungsfaktor für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren gegenüber einem Singlehaushalt liegt bei 2,1. In Geldbeträgen ausgedrückt heißt das: Ein Single mit einem Nettoeinkommen von 2.000 Euro im Monat erreicht denselben Lebensstandard wie ein Paar ohne Kinder mit einem Monateinkommen von 3.000 Euro. Eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren benötigt dafür ein monatliches Einkommen von 4.200 Euro.

Das IW hat aber nicht nur die einzelnen Haushaltstypen betrachtet, sondern auch die Einkommensverteilung innerhalb der Gruppen (Grafik):

Ein Single mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.000 Euro verdiente 2019 mehr als 57 Prozent aller Alleinlebenden in Deutschland.

18 Prozent der Singles haben dagegen weniger als 1.000 Euro netto im Monat zur Verfügung.

Paare ohne Kinder gehören mit einem gemeinsamen Einkommen von 4.500 Euro bereits zum oberen Einkommensdrittel ihrer Vergleichsgruppe: Denn 68 Prozent aller Paarhaushalte verfügen monatlich über weniger als diese Summe. Im Quervergleich übertreffen die Paare ohne Kinder damit auch den Lebensstandard von 85 Prozent der Singles. Denn ein Alleinlebender müsste auf 3.000 Euro im Monat kommen, um einen vergleichbaren Lebensstandard wie das kinderlose Paar zu erreichen.

Familien mit zwei Kindern unter 14 Jahren gehören zu den oberen 20 Prozent ihrer Gruppe, wenn sie netto im Monat mindestens 6.300 Euro zur Verfügung haben. Zu den unteren 40 Prozent zählen Familien mit monatlich weniger als 4.200 Euro.

Losgelöst von der Lebens- und Wohnsituation fanden sich Perso-

nen im Jahr 2019 mit einem bedarfsgewichteten Einkommen von knapp über 2.100 Euro netto im Monat etwa in der Mitte der Verteilung.

Die Grenze zu den einkommensreichsten 10 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland lag im Jahr 2019 für einen Single bei 3.850 Euro, für ein Paar ohne Kinder

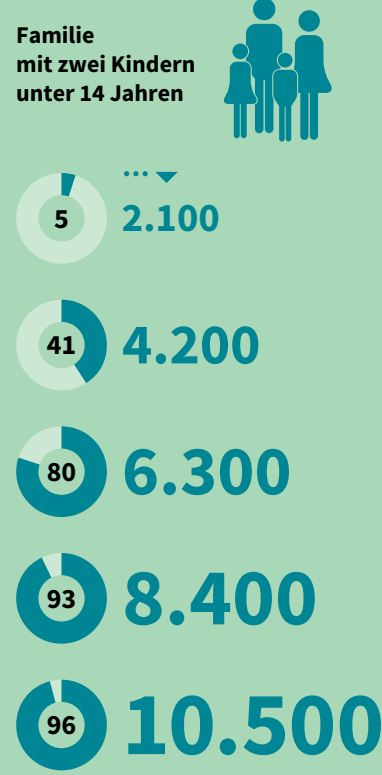
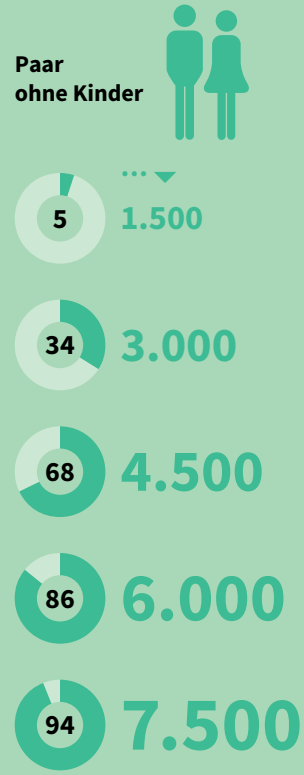
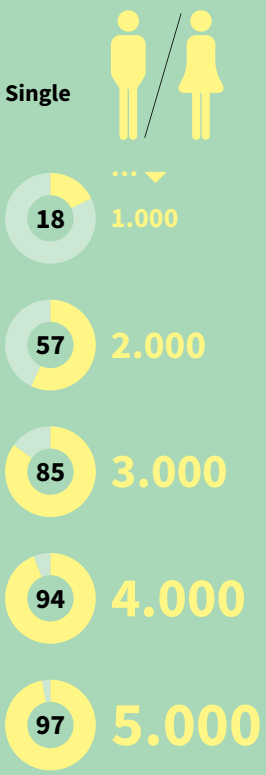
bei einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen von 5.780 Euro und für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 8.090 Euro im Monat.

Wie reich im Vergleich?

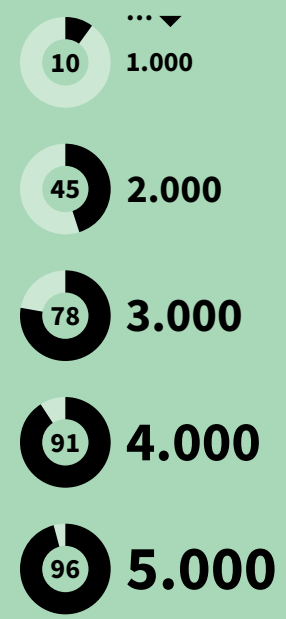
Monatliche Nettoeinkommen in Deutschland im Jahr 2019 in Euro

Um das Einkommen eines Paares mit dem Lebensstandard eines Singles zu vergleichen, werden in der Verteilungsforschung unterschiedliche Bedarfe je nach Haushaltszusammensetzung berücksichtigt. Da ein Paar nicht zwei Küchen oder zwei Wohnzimmer benötigt, muss es nicht über das Doppelte, sondern nur über das 1,5-Fache des Einkommens eines Singlehaushalts verfügen, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen. Für Familien mit zwei Kindern unter 14 Jahren gilt der Faktor 2,1. So erreicht ein Singlehaushalt mit einem Nettoeinkommen von 1.000 Euro im Monat den gleichen Lebensstandard wie ein Paar ohne Kinder mit 1.500 Euro oder ein Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit 2.100 Euro.

So viel Prozent hatten ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als ... Euro



So viel Prozent der Bevölkerung hatten ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von weniger als ...



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



In eigener Sache



Per Live-Stream in die Schulen

Abitur – und dann? Weil ein Studium bekanntlich nicht für jeden das Richtige ist, bietet die IW Medien GmbH, die auch den iwd produziert, im Auftrag des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall einen Live-Stream an, der Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe alternative Wege in den Beruf zeigt. Im Stream erläutern Coaches den jungen Menschen, welche Karrieremöglichkeiten es ohne Studium in der Metall- und Elektro-Industrie gibt, und stellen hilfreiche Tools für eine erfolgreiche Bewerbung vor.

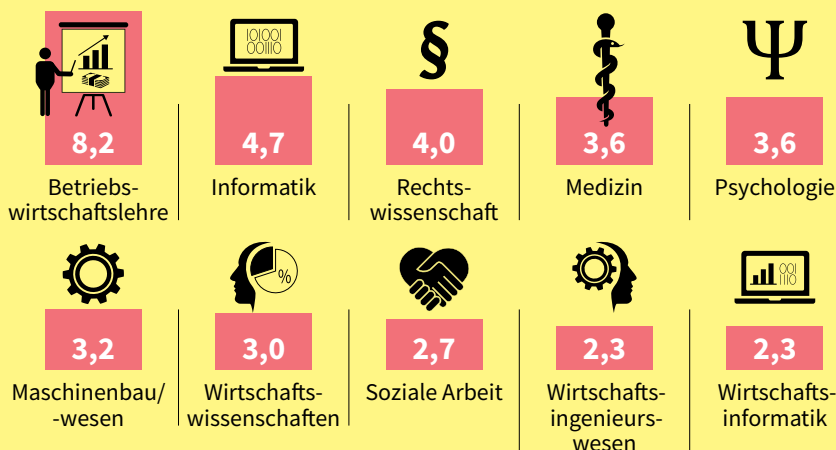
Lehrkräfte können die etwa 60-minütigen Streams ganz einfach online anfragen – wenn gewünscht, übrigens auch für Realschüler der neunten und zehnten Klasse: me-vermitteln.de/stream

Top-Liste: Beliebteste Studiengänge

Was soll ich studieren? Am häufigsten lautet die Antwort junger Menschen: Betriebswirtschaftslehre. Insgesamt 240.866 Studierende waren im Wintersemester 2021/2022 an deutschen Hochschulen in BWL eingeschrieben. Am zweitstärksten besetzt ist Informatik, gefolgt von Jura. Medizin und Psychologie liegen auf den Plätzen vier und fünf – obwohl es nur begrenzte Plätze gibt und die Universitäten oft eine sehr gute Abiturnote voraussetzen. Männer und Frauen unterscheiden sich deutlich in ihrer Fächerwahl. Frauen studieren nach BWL am häufigsten Psychologie, Rechtswissenschaften, Medizin und Soziale Arbeit. Bei den Männern stehen neben BWL vor allem MINT-Fächer wie Informatik oder Elektrotechnik hoch im Kurs. Im allgemeinen Ranking ganz hinten liegt Niederdeutsch: Nur drei Personen haben sich zuletzt deutschlandweit für dieses Lehramts-Beifach eingeschrieben.

Studiengänge: BWL ist klare Nummer eins

So viel Prozent aller Studierenden an deutschen Hochschulen waren im Wintersemester 2021/22 in diesen Studienfächern eingeschrieben



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Weiterhin ohne Stern



Binnen-I, Gender-Stern, geschlechtergerechte Formulierungen: Die Diskussion um eine möglichst inklusive Schreibweise findet natürlich auch in der iwd-Redaktion statt. Wir werden im Zusammenhang mit Personen aber weiterhin – vor allem aus Gründen der besseren Lesbarkeit – regelmäßig das grammatische Geschlecht verwenden. Damit sind ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint, worauf wir ab sofort dauerhaft im Impressum hinweisen.